Eine neue Chance für Kirchen in Europa?

Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) feierte in Lyon ihr fünfzigjähriges Bestehen. Das ist durchaus ein bemerkenswertes Ereignis. Als Europas Protestanten und Orthodoxe sich zusammenfanden, herrschte Kalter Krieg. Und die KEK wurde neben der Block übergreifenden Friedensbewegung und den ökumenisch orientierten christlichen Laienzentren und Akademien der kirchenoffizielle gesamt-europäische Akteur im Prozess der Ost-West-Entspannung. Ihr Beitrag zum Helsinki-Prozess war signifikant. Die 1. Ökumenische Versammlung der Kirchen in Europa 1989 in Basel – gemeinsam mit Europas Katholiken – bildete den Höhepunkt einer Mobilisierung im Raum der Kirchen, die es überhaupt erst möglich machte, heute halbwegs selbstverständlich von Kirchen als Teil der europäischen Zivilgesellschaft zu reden.

Dann ging die Mauer auf und wurde abgetragen. Und mit ihr der ideologische Antagonismus. Brückenbauer und Begegnungshelfer waren nicht länger nötig. Alle konnten überall hin und die Stärkeren oder Mobileren sich dort positionieren, wo die Schwächeren oder weniger Flexiblen es zulassen mussten. Das galt nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch kirchlich. Die lange Zeit stillgelegte konfessionelle Konkurrenz gewann neue Dynamik, eroberte die Kirchen und ebenso die europäische Ökumene. Schon die 2. Ökumenische Versammlung in Graz (23.–29. Juni 1997) und dann – aus ökumenischer Perspektive als trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung – die 3. in Sibiu/ Hermannstadt (4.–9. September 2007) gerieten zu Foren angestrengter konfessioneller Positionierungs- und Profilierungsversuche.

Was auf diesen Versammlungen als Paralyse in Sachen ökumenischer Orientierung wirkte und das Bild über den Zustand der Ökumene in Europa heute bestimmt, charakterisiert jedoch keineswegs die Entwicklung, die in der KEK nach Basel einsetzte. Zwar fällt es schwer, die allgemeinere und die KEK-spezifische Ökumene auseinander zu halten. Wer diese Differenzierung jedoch nicht vornimmt, kann der durch die KEK seit 1990 geleisteten Arbeit nicht gerecht werden.

Diese Arbeit der KEK konzentrierte sich wesentlich auf die EU-Osterweiterung, auf die Umstrukturierung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften, auf die soziale Spreizung in Europa und die Auswirkungen all dessen auf die Kirchen. Die Mitwirkung auch der nationalen Kirchen an dem durch die Ausdehnung der EU notwendig gewordenen neuen Verfassungsvertrag ist ohne die KEK als gemeinsame „Agentur“ und insbesondere ihre Kommission für Kirche und Gesellschaft in Brüssel nicht zu denken. Auch dass der interökumenische theologisch-ekklesiologische Dialog zwischen protestantischen und orthodoxen Traditionen noch existiert, ist der KEK und ihrer dafür eingesetzten Kommission in Genf zu danken. Schließlich hätten viele der an der KEK beteiligten Kirchen in Sachen Migration und Flüchtlinge überhaupt keine europäische Kompetenz, wenn nicht die KEK und die unabhängige von ihr existierende Kirchliche Kommission für Migration in

Europa die Weichen auf einen Zusammenschluss gestellt hätten, und in Brüssel praktisch Hand in Hand arbeiteten.

Die in Stab und Gremien der Konferenz Europäischer Kirchen Aktiven haben die Notwendigkeit der Neuorientierung jenseits des politischen Ost-West-Konflikts thematisch und praktisch sehr schnell erkannt und sich auf die neuen Aufgaben eingestellt. Das wurde allerdings konzeptionell und strukturell nicht wirklich und wenn, dann von ihren Mitgliedskirchen nur halbherzig nachvollzogen. Man kann auch sagen, die KEK lebte sich entlang der aus dieser Halbherzigkeit resultierenden konzeptionell-strukturellen Kompromisslinien auseinander.

Dies wird durch ihre zwei hauptsächlichen Residenzorte – leider in sachlich wenig hilfreicher, symbolisch aber umso wirkungsvollere Weise – begünstigt. Steht der eine, Genf, für die gesamteuropäische Perspektive, für das Verlangen nach sichtbarer Einheit der Kirchen, für die Verbindung zur globalen Ökumene, so steht der andere, Brüssel, für die EU-Ökumene, den Orientierungszwang, der von der Politik auf die Kirchen ausgeht, für das Soziale und die säkularen Problemanzeigen, für Dienstleistung gegenüber den Kirchen und Lobbyarbeit gegenüber der Europäischen Gemeinschaft. Dass dies nicht der ganzen Praxis entsprach und selbst, wenn es das in Teilen täte, falsches Denken prolongierte, spielt in den Auseinandersetzungen zwischen den Parteilägern des Einen und des Anderen keine Rolle.

Manchmal gewinnt man in diesen immer wieder aufflackernden Diskussionen den Eindruck, da artikuliere sich eine Art Phantomschmerz über den Verlust von Eindeutigkeiten, die das selektive historische Gedächtnis zwecks Selbstvergewisserung umso betonter zur Geltung bringen muss. Das wird auch dann nicht produktiver, wenn dagegen eine neue, heutige Komplexität und Unübersichtlichkeit ins Feld geführt wird. Deren Beschreibung fördert so viele notwendig zu bearbeitende oder gar zu lösende prioritäre Problemlagen ans Licht, dass es gar nicht genug Gremien und Stäbe geben kann, die dieses zu leisten imstande sind.

Eine Vollversammlung, die alle sieben Jahre tagt, wählt einen Zentralausschuss, der – ebenso wie sie selbst – die angemessene Repräsentation von Mitgliedskirchen widerspiegeln soll, natürlich „inklusive“ (d. h. nach weiblich/ männlich, jung/ alt und ordiniert/ nicht ordiniert quotenmäßig ausgewogen). Er tagt einmal im Jahr und vertraut dem von ihm gewählten Präsidium die sich ansammelnden Prioritäten an. Daneben arbeiten drei Kommissionen, die von den Mitgliedskirchen – nun aber eher auf Expertise in der Sache bezogen – beschickt werden. Sie sind weitgehend unabhängig vom Prioritätenkorb der Vollversammlung und des Zentralausschusses, setzen ihre eigenen Prioritäten und wählen eigene Moderatoren, die nur den Kommissionen verantwortlich sind. Der Generalsekretär ist den eher repräsentativen Organen zugeordnet. Drei Direktoren arbeiten mit den eher expertiseorientierten Kommissionen. Eine faktisch direktive, nicht kooperative Leitungsstruktur erlaubt zwar, dass alle je für sich gute Arbeit leisten können, im Miteinander jedoch Reibungsverluste produzieren müssen. In jedem Fall aber bleiben die Claims gut voneinander abgesteckt, denn sonst droht auf allen Seiten Kontrollverlust.

Sicher trifft solch genaueres Hinsehen nicht nur die KEK-Struktur, sondern auch die manch anderer kirchlicher und nichtkirchlicher Konsortien. Das aber ist kein Grund, davon abzulassen, sie zu verbessern. Genau dies nun hat sich die Konferenz Europäischer Kirchen auf ihrer Jubiläumsversammlung verordnet. Es ist nicht das schlechteste Geschenk, das man sich selbst machen kann. Lässt man aber das, was man hat, trotz mancher Mängel zu lange Zeit deshalb unangetastet, weil es aufgrund der real existierenden Gemengelage gar nicht besser vorstellbar erscheint, bedarf solche Veränderung eines kräftigen Anstoßes.

So fand das Feuerwerk zum Jubiläum in Lyon nicht während der eigentlichen Feierlichkeiten, sondern schon vorher in den Geschäftssitzungen statt. Gezündet hatte es die deutsche Delegation und sich dafür vom Rat der EKD grünes Licht geholt. Eine konzeptionell durchdachte Strukturreform wurde eingefordert, die auch vor der Verfassung nicht halt macht. Im Gegenteil: Gerade sie und alles sonst, was das Verhältnis der Gremien zueinander, ihre Zusammensetzung, die Zusammenarbeit von legislativer, exekutiver und operativer Ebene regelt, sollte auf den Prüfstand. Und das Neue sollte in zwei Jahren zur Abstimmung fertig sein. Das war den nordischen Kirchen zu schnell. Dann lieber bis zur nächsten Vollversammlung warten. Als Kompromiss wird es nun 2013 den Vorschlag zu einer runderneuernten KEK geben und eine verfassungsgebende Versammlung. Die mit dem Mandat zur Vorbereitung versehene Arbeitsgruppe wurde mit über 90 % der Stimmen beschlossen und eingesetzt.

Die Geschichte wäre aber nicht wirklich rund ohne den Inhalt. Was wird die Zweckbestimmung (manche sagen: die gemeinsame Vision) dieser neu strukturierten Konferenz Europäischer Kirchen sein? Können die Mitglieder sie als den europäischen Ausdruck ihres gemeinsamen Zeugnisses des Evangeliums von Jesus Christus begreifen? Können sie ihr den Auftrag erteilen, im Lichte dieses Zeugnisses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu wirken? Das wäre die Konsequenz aus Basel 1989 und nähme das Momentum wieder auf, das zwischenzeitlich verloren zu gehen drohte. Könnte die Konferenz zugleich darauf gerichtet sein, den europäischen Einigungsprozess kritisch zu begleiten und seine Auswirkungen auf diejenigen, die innerhalb und außerhalb der Europäischen Union damit umzugehen haben, einschließlich der Kirchen selbst?

Können also die Mitgliedskirchen sich damit anfreunden, in der KEK ihre gemeinsame glaubensgegründete zivilgesellschaftliche Repräsentanz auf der gesamt-europäischen Ebene zu sehen und das im Gegenüber zu allen europäischen Institutionen? Das würde den kirchlichen Anspruch der öffentlichen Mit- und Weltverantwortung der Kirchen in europäischen Angelegenheiten untermauern.

Könnte der positive Bezug zur Charta Oecumenica in eine neue KEK-Verfassung aufgenommen und damit die Tür zur katholischen Schwesterkirche offen gehalten, die Notwendigkeit des interkonfessionellen und interreligiösen Dialogs unterstrichen und dem ökumenischen Gedanken insgesamt neue Kraft eingehaucht werden? Das würde den Intentionen gerecht, die nach Basel in Graz und Sibiu/Hermannstadt auf Versöhnung im europäischen Haus zielten, aber zwischen den

Konfessionsfamilien auf der Strecke blieben. Und könnte die KEK schließlich als Instrument der Konfliktbearbeitung zwischen ihren Mitgliedskirchen anerkannt werden, als mediative Instanz? Das würde einen schon in Basel artikulierten, bisher aber praktisch blockierten Vorschlag aufnehmen. Er erforderte allerdings die Bereitschaft, sich der kritischen Außensicht zu öffnen.

Dem allen – so zeigt es die Erfahrung – steht vieles entgegen. Aber die Erfahrung zeigt auch, dass manche Zeiten reifer zur Veränderung sind als vermutet. Zwanzig Jahre kirchlich-konfessionelle Selbstbesinnung jenseits des ideologischen West-Ost-Antagonismus mögen vielleicht ausgereicht haben, um der europäischen Ökumene wieder eine Chance zu eröffnen. Im Zeichen der ökonomisch-finanzwirtschaftlich verursachten allgemeinen globalen Krise, die zur grundsätzlichen, gerade ethischen Neubesinnung anstiftet, täte das Ergreifen dieser Chance nicht nur der KEK und ihren Mitgliedskirchen gut, sondern ebenso den Kirchen insgesamt und Europa sowieso. Vielleicht führt diese Entwicklung die KEK auch dorthin, wo sie jenseits der Bipolarität nach 1989 ihre größte Wirksamkeit entfaltete, von Genf nach Brüssel.

Fritz Erich Anhelm

(Dr. Fritz Erich Anhelm ist Direktor der Evangelischen Akademie Loccum und Mitherausgeber der Ökumenischen Rundschau.)